

Das Schattenkabinett

Die »gemeinnützige« Bertelsmann-Stiftung fungiert hinter den Kulissen als Motor neoliberaler Reformen. **Von Jens Wernicke**



»Was bedroht die Welt?« Politikeinflüsterer Werner Weidenfeld beim Internationalen Bertelsmann Forum (23.9.2006)

Wenn es um Fragen zur Zukunft unserer Gesellschaft geht, ist eine Stimme kaum zu überhören: die der 1977 gegründeten Bertelsmann-Stiftung. Das größte und einflussreichste Politikberatungsunternehmen des Landes will nach seinem Selbstverständnis »konkrete Beiträge zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Probleme« leisten, wobei »die Grundsätze unternehmerischer, leistungsgerechter Gestaltung in allen Lebensbereichen zur Anwendung gebracht werden« sollen, stets nach dem Prinzip »so wenig Staat wie möglich«. Fundament der Stiftungsarbeit sei die Überzeugung, »daß Wettbewerb und bürgerschaftliches Engagement eine wesentliche Basis für gesellschaftlichen Fortschritt sind«.

Die Stiftung ist als »gemeinnützig« anerkannt. Ein wichtiges Detail, denn während es z. B. in den USA untersagt ist, daß steuerbegünstigte Stiftungen mehr als 20 Prozent der Anteile eines Unternehmens halten, hält die Bertelsmann-Stiftung 76 Prozent der Anteile der milliardenschweren Bertelsmann

AG, einem der bedeutendsten Medien- und Dienstleistungskonzerne der Welt. Das uneingeschränkte Stimmrecht in Konzernangelegenheiten liegt dabei nicht etwa bei der Stiftung, sondern einzig bei den Mitgliedern der Familie Mohn, die auch in der Stiftung selbst wiederum tonangebend sind.

Hierdurch sparte der Stifter Reinhard Mohn nicht nur gut zwei Milliarden Euro an Erbschafts- oder Schenkungssteuern ein und entzieht dem Gemeinwohl kontinuierlich 76 Prozent der Steuern auf die Gewinnausschüttungen des Konzerns. Nein: Hinter der Fassade der sich ergebnisoffen gebenden Thinktanks der Stiftung ist das Handeln der Unternehmensgruppe offensichtlich von den wirtschaftlichen Interessen des Konzerns dominiert.

Dank der ihr jährlich zur Verfügung stehenden Mittel von etwa 60 Millionen Euro unterscheidet sich die Bertelsmann-Stiftung maßgeblich von anderen »Beratern« im Geschäft, denn sie finanziert sich nicht mittels Honoraren, sondern hat eigenes Geld. Mit diesem arbeitet sie operativ und finanziert

nicht etwa Drittprojekte, in denen sie möglicherweise nicht den Ton angeben könnte, sondern ausschließlich die eigene Struktur. Das sichert Schlagkraft und Autonomie. Daneben verfügt sie über wissenschaftliches Potential sowie vielfältigste Kontakte zu Medien, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Dank dieser Alleinstellungsmerkmale gehen Stiftungsmitarbeiter inzwischen in allen Landesregierungen ein und aus und »kooperieren« mit Kultusministerien, Kanzleramt und Bundespräsident ebenso wie mit Kommunalverwaltungen. Längst sind Experten der »Denkfabriken« politisch allgegenwärtig und kaum mehr wegzudenken. Sei es bei neuen Hochschulgesetzen, der EU-Verfassung, Hartz-Gesetzgebung oder Außenpolitik, bei geplanten Schulreformen, der Privatisierung von Gesundheitssystem und Kommunalverwaltungen oder auch der Etablierung einer europäischen Armee – Bertelsmann sitzt stets mit am Tisch.

Mehr und mehr gelingt es der Stiftung, die Definitionshoheit über den Begriff Gemeinwohl zu erlangen und

in Kernbereiche Souveränität vorzudringen. Die Einrichtung wird so mehr und mehr selbst zum »Staatsapparat« – ohne dabei jedoch demokratisch legitimiert oder kontrolliert zu sein.

Inzwischen hat Bertelsmann in der gesamten Republik ein riesiges Netzwerk aufgebaut, mit dem Einfluß auf politische Entscheidungen genommen wird, lange bevor die entsprechenden Gesetze im Parlament verabschiedet werden. Mittels dieses Netzwerkes wird eine Art »Elitenkonsens« hergestellt, der kritische Stimmen eliminiert. So wird sichergestellt, daß es große öffentliche Debatten über viele »Reformvorhaben« gar nicht erst gibt.

So demokratisch und gutmenschlich die Stiftung dabei auch immer tut, stets arbeitet sie »top-down«: Jedes Projekt hat ein »wirtschaftsfreundliches Ergebnis« zu erbringen. Die geförderten Vorhaben haben dem Konzern dienlich zu sein.

Besonders aktiv ist Bertelsmann dabei auf der kommunalen Ebene. Auf Kongressen lockt sie Stadtdirektoren, Kämmerer und Oberbürgermeister mit einer ganzen Palette von Reformvorschlügen an – und legitimiert ihr Wirken dabei fast ausschließlich über ihren Status als vermeintlich gemeinnütziger Akteur. Als dieser rät sie den Kommunen dann konsequent zur (Teil-)Privatisierung ihrer Aufgaben, woraufhin schließlich – wie gerade im Falle Würzburgs – die hochprofitable Bertelsmann-Tochter Arvato diese übernimmt. Ein sehr, sehr lukratives Geschäft.

Bleibt zu hoffen, daß diese Farce bald ein Ende findet – und Gesellschaft wie Politik diese Stiftung als das begreifen, was sie ist: Nicht etwa »Lösungsgeber«, sondern Teil des Problems der neoliberalen »Entstaatlichung«.

◆ Der Autor ist Studienstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitherausgeber des jüngst im BdWi-Verlag Marburg erschienenen Buches Netzwerk der Macht – Bertelsmann. »Der medial-politische Komplex aus Gütersloh« (978-3-939864-02-8), Preis: 15 Euro

DER MOLOCH Zahlen und Fakten zur Bertelsmann-Stiftung



Die Bertelsmann-Stiftung wurde 1977 vom Firmenpatriarchen Reinhard Mohn (Foto) gegründet. Damit sollte dauerhaft verhindert werden, daß »drohende« Erbschaftssteuern und eventuelle Nachlaßstreitigkeiten zum Verkauf von Teilen des Konzerns führen. Laut Handelsblatt ist sie die einflussreichste Stiftung der BRD. Als solche hält sie gegenwärtig 76 Prozent der Anteile der Bertelsmann AG, einem der größten Medienimperien der Welt.

Der Aktiengesellschaft gehören sechs Unternehmensbereiche an. Es sind dies: RTL – die Fernsehsparte, Random House – der Verlagsbereich, Gruner + Jahr – das Zeitschriften- und Druckereimperium, BMG – die Musik- und Unterhaltungssparte, Arvato – das Technik- und Dienstleistungsunternehmen sowie DirectGroup – der Buchclub. Für dieses Konglomerat arbeiten schätzungsweise 90 000 Mitarbeiter. Der Jahresumsatz beträgt etwa 18 Milliarden Euro.

Aus dem Gewinn von mehr als einer Milliarde Euro speist sich steuerfrei eine jährliche Dividendenzahlung der Aktiengesellschaft an die »gemeinnützige« Stiftung in Höhe von rund 60 Millionen Euro. Mit diesem Geld finanziert die Stiftung über 300 Mitarbeiter und jährlich Dutzende Projekte. Deren Hauptcharakteristikum ist es, technokratische Kontrollverfahren aus der neoliberalen Betriebswirtschaftslehre in die Gesellschaft zu implementieren.

Nicht zu Unrecht wird diesbezüglich von einer Verklärung betriebswirtschaftlicher Methoden zum gesellschaftspolitischen Leitbild gesprochen, die zwangsläufig eine ideologische Schlagseite erzeugt: Die Gesellschaft soll wie ein Unternehmen geführt, der Staat mehr und mehr abgebaut werden. Fast obligatorisch sind bei den Stiftungsratschlägen dabei solche zur Senkung der Unternehmensbesteuerung, die sich auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer auswirken.

(jewe)

»Es gibt keine Kontrolle«

Die Bertelsmann-Stiftung agiert als Vorfeldorganisation des Konzerns. Ein Gespräch mit Steffen Roski

Die Bertelsmann-Stiftung ist die einflussreichste Stiftung im Land. In Kommunen, Ländern und auf Bundesebene berät sie Politiker. Was stört Sie an ihrer Gemeinnützigkeit?

Lassen Sie mich das an einem Beispiel deutlich machen. An einem Gymnasium im niedersächsischen Seelze wird ein Erhebungsinstrumentarium der Bertelsmann-Stiftung zur Gewinnung betriebswirtschaftlicher Kennziffern eingesetzt. Im Internetforum dieser Schule wird dies kritisch diskutiert. Eine Schülerin fragt: »Aber was hat Bertelsmann mit der Entwicklung unserer Schule zu tun? Und mit der von Hunderten weiteren Schulen in Deutschland?« Gut gefragt, finde ich. Denn worin besteht der Un-

Steffen Roski ist Initiator der Kampagne gegen die Gemeinnützigkeit der Bertelsmann-Stiftung

terschied zwischen einer Stiftung, die über drei Viertel des Konzernkapitals hält und diesem Konzern selbst? Ich bin offensichtlich bei weitem nicht der einzige, der hier kritische Fragen stellt.

Auf welchen Gebieten ist eine solche Vermischung zwischen Konzerninteressen und Stiftungs-politik genau nachweisbar?

Die Bertelsmann-Stiftung ist ein finanzstarker politischer Lobbyist, der in Politikbereichen wie Bildung und Gesundheit auf allen Ebenen Vorfeldarbeit für den Konzern leistet. Ob in der Kommune oder in der »hohen Politik« – stets dasselbe Muster: Die Stif-

tung wirft die Nebelkerze »Gemeinnützigkeit«, während sich in ihrem Dunst der Konzern bereits startklar gemacht hat.

Aber ist es nicht das legitime Recht eines jeden, mit dem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln Partikularinteressen zu vertreten? Die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung tut dies doch ebenso – und mit ihr Tausende andere Stiftungen im Land.

Das Engagement der Böckler-Stiftung zielt auf die Ausweitung von Mitbestimmungsrechten. Sie vertritt legitime gewerkschaftliche Partikularinteressen. Gerade darin wird allerdings ein Kontrast zur operativen Unternehmensstiftung deutlich. Weder Sie noch ich noch

sonst irgendwer hat die Möglichkeit, bei Projekten der Bertelsmann-Stiftung mitzubestimmen! Hier liegt der Knackpunkt: Anstelle von demokratischer Teilhabe im Kontext von Staatlichkeit setzt Bertelsmann gerade auf den Abbau von Staatsfunktionen, die dann privatwirtschaftlich substituiert werden sollen. Der von der Bertelsmann-Stiftung so hochgehaltenen »Zivilgesellschaft« wird damit der partizipative Zahn gezogen.

Sie haben also ein Problem mit privaten Stiftungen an sich?

Ja, denn politische und private Stiftungen sind wesensverschieden. Private Stiftungen – und die Bertelsmann Stiftung ist hier geradezu paradigmatisch – schotten sich in Deutschland, gestützt durch Staat und

Rechtssystem, elitär ab. Dies ist in den USA beispielsweise ganz anders. Dort werden Stiftungen von jeher regelmäßig öffentlich kritisiert. Dies hat dazu geführt, daß Stiftungen dort nicht mehr als 20 Prozent der Anteile an einem Unternehmen halten und nicht als Lobbyist auftreten dürfen. Hieraus ergeben sich konkrete Forderungen an die Politik, aber auch an die wissenschaftliche Forschung hierzulande. Wir brauchen politische Initiativen zur Eindämmung der Stiftungsmacht, wir brauchen als Voraussetzung dazu auch systematische wissenschaftliche Untersuchungen über das Stiftungswesen. Dies für die Bertelsmann Stiftung zu forcieren ist das Ziel meines Aufrufs.

Interview: Jens Wernicke